

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

zum Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen – DS 5/364

Gesetz zum mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das Bundesberggesetz (BBergG) ist in seiner gegenwärtig gültigen Fassung in besonderer Weise darauf ausgelegt, die Aufsuchung, Gewinnung und Aufbereitung von Bodenschätzen zu ermöglichen und zu fördern. Die begrenzten Möglichkeiten zur Abschätzung der Folgen langfristiger Bergbauvorhaben für Menschen und Umwelt sind in den Regelungen zur bergrechtlichen Vorhabensgenehmigung unzureichend berücksichtigt.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Ebene des Bundes dafür einzusetzen, dass die Rohstoffsicherungsklausel des Bundesberggesetzes durch soziale und ökologische Kriterien ergänzt wird.

Begründung:

Die Schwere der durch Bergbauvorhaben bewirkten Eingriffe zu Lasten öffentlicher und privater Schutzgüter steht in diametralem Gegensatz zu den durch die Regelungen des Bergrechts gesetzten Anforderungen an die Erteilung von Genehmigungen zur Durchführung bergbaulicher Vorhaben. Sowohl Eigentümer von unmittelbar oder mittelbar durch Bergbauvorhaben beeinträchtigen Grundstücken als auch ohne Eigentümerstellung betroffene Menschen werden bei grundlegenden bergrechtlichen Entscheidungen zur Vorbereitung des Bergbaus weder beteiligt noch werden deren Belange anderweitig mit Gewicht berücksichtigt. Dieses Defizit liegt in den derzeit bestehenden Regelungen des BBergG zur Verleihung von Bergbauberechtigungen und zur Zulassung von Betriebsplänen begründet. Eine Behebung der Defizite insbesondere beim Schutz der durch Bergbau betroffenen Bevölkerung, darunter der Sorben (Wenden), und Umwelt kann durch eine diesbezügliche Novellierung des BBergG erfolgen, indem das Genehmigungsverfahren zur Durchführung bergbaulicher Vorhaben hinsichtlich der Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien erweitert wird.

Datum des Eingangs: 16.02.2010 / Ausgegeben: 16.02.2010

Ein vollständiges Verbot des Aufschlusses und der Gewinnung von Rohstoffen auf Ebene des Landes Brandenburg würde dem gesetzgeberischen Willen und Zweck des BBergG widersprechen.

Potsdam, 16.02.2010

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE